

# Landkreis Vorpommern-Rügen

## Der Kreistagspräsident



### Niederschrift über die 26. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 11. März 2024

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a  
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 20:38 Uhr

#### Anwesenheit:

##### **Kreistagsmitglied**

Herr Uwe Ahlers  
Frau Ute Bartel  
Herr Ernst Branse  
Frau Wenke Brüdgam  
Herr Jörg Burwitz  
Herr Christian Ehlers  
Frau Rita Falkert  
Herr Frank Fanter  
Herr Stefan Giese  
Herr Harry Glawe  
Herr Aurel Hagen  
Herr Benjamin Heinke  
Herr Roland Herrmann  
Herr Maik Hofmann  
Herr Frank Ilchmann  
Frau Dr. Carmen Kannengießer  
Frau Kristine Kasten  
Herr Albrecht Kiefer  
Frau Anett Kindler  
Frau Cornelia Klemm  
Herr Holger Kliewe  
Herr Frank Kracht  
Herr Helmut Krüger  
Frau Andrea Kühl  
Herr Andreas Kuhn  
Herr Jens Kühnel  
Frau Josefine Anika Kümpers  
Herr Hendrik Lastovka  
Frau Christiane Latendorf  
Herr Mathias Löttge

Herr Wolfgang Meyer  
Frau Christiane Müller  
Herr Thomas Naulin  
Herr Dirk Niehaus  
Herr Michael Philippen  
Herr Helmut Poppe  
Frau Julia Präkel  
Frau Maria Quintana Schmidt  
Herr Thomas Reichenbach  
Herr Gerd Scharmberg  
Frau Dr. Doris Schmutzer  
Frau Sandra Schröder-Köhler  
Herr Thomas Schulz  
Herr Maximilian Schwarz  
Herr Jürgen Suhr  
Frau Gabriele Szelwis  
Herr Norbert Thomas  
Frau Heike Völschow  
Frau Simone Wagner  
Herr Dr. Wolfgang Weiß  
Frau Susann Wippermann  
Herr Dr. Ronald Zabel  
Frau Andrea Zachow  
Herr Tilo Ziemßen  
Frau Anita Zimmermann

#### Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth  
Frau Kathrin Meyer  
Frau Ricarda Rumpel  
Frau Dörte Heinrich  
Herr Frank-Peter Lender  
Frau Silke Egger  
Frau Karen Hoppenrath  
Frau Heike Karnatz  
Frau Julia Kruske  
Herr Ulrich Sehl  
Herr Marcus Hanusch  
Frau Anja Pfefferkorn  
Frau Manuela Redlich  
Herr Bastian Köhler  
Frau Sandra Lehmann  
Herr Thomas Baase

Landrat  
1. Stellv. d. Landrates, Beigeordnete  
2. Stellv. d. Landrates, Beigeordnete  
Beigeordnete  
FBL 4  
FDL 01  
FDL 02  
FDL 12  
EBL Jobcenter V-R  
Geschäftsführer VVR  
FGL Kreistagsangelegenheiten  
SB Kreistagsangelegenheiten  
SB Kreistagsangelegenheiten  
SB Kreistagsangelegenheiten  
Pressesprecherin  
SB Verkehrsplanung/ÖPNV

### Es fehlen:

#### **Kreistagsmitglied**

Herr Norbert Benedict	entschuldigt
Herr Alexander Benkert	entschuldigt
Herr Christian Griwahn	entschuldigt
Herr Matthias Klein	entschuldigt
Frau Andrea Köster	entschuldigt
Herr Philipp Laars	entschuldigt
Herr Dirk Leistner	entschuldigt
Herr Michael Lorusch	entschuldigt
Herr Thoralf Pieper	entschuldigt
Frau Sylvia Schiefler	entschuldigt
Herr Daniel Schossow	entschuldigt
Herr Dario Seifert	entschuldigt
Herr Peter van Slooten	entschuldigt
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp	entschuldigt

### Tagesordnung

#### **- Öffentlicher Teil -**

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift vom 18. Dezember 2023
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Bericht zum Stand der Umsetzung der Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber laut Beschluss vom 18. Dezember 2023 (A/3/0241)
9. Nach- und Umbesetzungen

- 9.1. Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft
- 9.2. Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz
- 9.3. Kreistagsfraktion CDU: Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) aufgrund des Ausscheidens von Herrn Thomas Pauketat
10. Abbestellung der Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/3/0566
11. Abbestellung der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/3/0562
12. Unentgeltliche Übertragung von Grundstücken zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - "Nordvorpommersche Waldlandschaft" - Einrichtung von Schreiadler-Nahrungsflächen BV/3/0552
13. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit den Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH (Bodden-Kliniken) BV/3/0567
14. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: „Härtefallförderung für Vereine wegen gestiegener Energiekosten“ A/3/0243
- 14.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0243 A/3/0243/1
15. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: "Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Haushalt 2024 für die Beschäftigungsgesellschaften" A/3/0244/1
16. Antrag der Kreistagsfraktion BVR/FW, BfS-FDP und CDU: "Aussetzung der Erhebung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung im Haushaltsjahr 2024" A/3/0245
17. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: "Schülerfahrzeiten verkürzen!" A/3/0246
- 17.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU zum Antrag A/3/0246 A/3/0246/1
- 17.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0246 A/3/02446/2
18. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2024 BV/3/0550/1
- 18.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE zur BV/3/0550/1 A/3/0250
- 18.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur BV/3/0550/1 A/3/0251
19. Satzung über die Zuwendung nach § 10 a Finanzausgleichsgesetz M-V zur Finanzierung von Schulbaumaßnahmen BV/3/0551
20. Annahme einer Spende der IHK zu Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2024 BV/3/0554
21. Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2024 BV/3/0555

- |                                   |  |           |
|-----------------------------------|--|-----------|
| 22.                               | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP:<br>"Bürokratieabbau und Überprüfung sämtlicher Verwaltungsabläufe auf Effektivität" | A/3/0247  |
| 23.                               | Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU und Kreistagsmitglied Frau Dr. Kannengießer: "Novellierung des LNG-Beschleunigungsgesetz"     | A/3/0248  |
| 24.                               | Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, SPD, B90/GRÜNE:<br>"Finanzierung Krankenhäuser"  | A/3/0249  |
| 25.                               | Mitteilungen   |           |
| <b>- Nichtöffentlicher Teil -</b> |  |           |
| 26.                               | Vergabeangelegenheit   | BV/3/0558 |

### Sitzungsergebnis

**- Im öffentlichen Teil -**

#### 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 26. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde, 53 von 69 Kreistagsmitgliedern anwesend sind und damit die Beschlussfähigkeit besteht.

#### 2. Einwohnerfragestunde

Herr Lemke, Einwohner aus Grimmen, stellt folgende Fragen an den Landrat und Kreistag Vorpommern-Rügen:

1. In wie weit ist der Landkreis Vorpommern-Rügen vorbereitet auf eventuelle Folgen durch die Legalisierung von Cannabis? (Strafverfolgung bei zum Beispiel eines Verkehrsunfalls und Rauschmitteleinfluss, Cannabis an den Schulen)
2. Nachdem die Bundesregierung, und nun auch Landesregierung (nach Antragstellung der FDP) eine Aufarbeitung der Corona Maßnahmen ablehnt, obwohl die Zahlen von Impftoten und Impfschäden nach Covid 19 Impfung (Quelle: EMA) stetig steigen, ergeben sich folgende Fragen.
  - 2.1. Wie stehen Sie als Landkreis zu der Verweigerungshaltung von Bund und Land, in Bezug auf die Aufarbeitung der Corona Maßnahmen und deren Folgen?
  - 2.2. Erhebt der Landkreis Daten über die Folgeschäden der Covid 19 Impfungen.
3. Ist Ihnen Herr Landrat Kerth oder dem Kreistag der Entwurf des Pandemievertrages der WHO bekannt bzw. deren Folgen, wenn dieser weltweit im Mai beschlossen werden soll?
4. Wie hoch sind, auf Grund der derzeit schlechten wirtschaftlichen Lage, die Insolvenzen im Landkreis Vorpommern-Rügen?
5. Gemäß der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen am 07.05.1945 und den Zwei-plus-Vier Vertrag vom 12.09.1990 verpflichteten sich die Unterzeichner, das nie wieder Feindseligkeiten vom deutschen Boden gegenüber der UdSSR bzw. Russland als Nachfolger ausgehen.

- 5.1. Welchen Standpunkt nimmt der Kreistag in der aktuellen Lage ein?
- 5.2. Wie bewerten Sie die Aktionen der Bundeswehrgeneralität?
- 5.3. Teilt der Kreistag die Auffassung von besorgten Bürgern, dass wir in der jetzigen, dynamischen Zeit kurz vor einem heißen Krieg stehen? Immer mehr Waffen schaffen keinen Frieden, machen die Zukunft nur unberechenbarer!

Zu Frage 1 teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass ihm behördliche Maßnahmen aufgrund der Legalisierung von Cannabis, welche auf den Landkreis zukommen können, nicht bekannt seien. Die Ahndung der gesetzlichen Gegebenheiten werde sich nach seinem Kenntnisstand nicht ändern. Auch eine Personalaufstockung im Bereich Ordnung sei nicht geplant.

Zu Frage 2 informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass ihm der Antrag nicht bekannt sei und er sich dementsprechend nicht dazu äußere. Auf Landkreisebene gebe es vom Kreistag keine Beschlusslage zur Aufarbeitung der Impfschäden.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** antwortet zu Frage 3, dass dem Kreistag der Pandemievertrag der WHO nicht bekannt sei.

**Herr Landrat Dr. Kerth** führt zu Frage 4 aus, dass er diese ohne Zuhilfenahme einer anderen Behörde nicht beantworten könne. Eine besondere Insolvenzlage sei ihm nicht bekannt.

Zu Frage 5 merkt **Herr Kreistagspräsident Kuhn** an, dass sich der Kreistag mit den Kreisaufgaben im eigenen Wirkungskreis beschäftige. Die Mitglieder des Kreistages gehören Parteien an. In den politischen Parteien werden solche Themen diskutiert. Der Kreistag sei der falsche Adressat.

**Herr Stromeyer**, Einwohner aus Grimmen, erfragt, ob demnächst eine Sanierung des Radweges von Richtenberg nach Grün Kordshagen geplant sei. Der ca. 3 km lange Fahrradweg sei für Radfahrer unzumutbar.

**Herr Landrat Dr. Kerth** teilt mit, dass er den Hinweis mitnehme und die Anfrage schriftlich beantworten werde. Er weise aber darauf hin, dass es sich dabei um einen straßenbegleitenden Radweg an einer Landesstraße handle.

Weitere Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

### **3. Bestätigung der Tagesordnung**

---

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** informiert, dass die Kreistagsfraktion CDU die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 9.3 - Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen - beantragt habe und begründet die Dringlichkeit.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestätigt die Aufnahme des Tagesordnungspunktes 9.3 einstimmig.**

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.**

### **4. Genehmigung der Niederschrift vom 18. Dezember 2023**

---

---

Änderungen werden nicht vorgetragen.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift vom 18. Dezember 2023.**

## **5. Information des Kreistagspräsidenten**

---

Informationen des Kreistagspräsidenten werden nicht vorgetragen.

## **6. Bericht des Landrates**

---

**Herr Landrat Dr. Kerth** informiert, dass ein Teil des Berichtes schriftlich vorliege.

Zunächst teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** einen aktuellen Stand zum IT-Cyberangriff auf die Verwaltung des Landkreises Vorpommern-Rügen vom 28. November 2023 mit. Zwischenzeitlich sei die Forensik abgeschlossen. 14 von 147 Systemen wurden als kompromittiert identifiziert. Da auch das Active Directory betroffen sei, müsse eine komplette Neuinstallation aller Programme und der Aufbau einer neuen gesicherten Zone erfolgen. Bis zum Abschluss dieser Arbeiten liege noch ein langer Weg vor der Verwaltung. Es bestehen dabei höchste Sicherheitsvorgaben. Seit der 3. Kalenderwoche sei das Fachgebiet Digitalisierung mit den Vorbereitungen der Migration der Fachprogramme in die neue Zone beschäftigt. Dazu werden aufwendige Clusteranalysen der Fachverfahren durchgeführt. Die gute Nachricht sei, dass die neue grüne Zone bereits wieder an das Landesnetz angeschlossen wurde. Jetzt müsse jede einzelne Website neu beantragt werden ehe die Fachverfahren wieder extern eingebunden werden können. In der vergangenen Woche wurde mit der Migration des ersten Fachverfahrens Condition (Jagd- und Waffenrecht) begonnen. Werde dies als erfolgreich eingeschätzt, werden die nächsten Fachverfahren folgen. Prioritär dabei gelten die Fachprogramme für Kfz und Führerschein und für die anstehenden Wahlen. Die Entscheidung, welches Verfahren wann migriert wird, wurde anhand einer Priorisierung getroffen. Dabei wurden bestimmte Kriterien bewertet. Nach heutigem Stand kann man sagen, dass keine Daten aus dem Outlook in das neue System überführt werden können. Abschließend teilt Herr Landrat Dr. Kerth mit, dass die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt habe.

Er bedanke sich bei allen Beteiligten. Es sei eine der größten Herausforderungen, die die Verwaltung zu bewältigen habe.

Weiterhin informiert **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass ein Beratungsunternehmen ein Gutachten zur Berufsschulsituation im Land Mecklenburg-Vorpommern erstellt habe. Dabei stelle man fest, dass sich die Grundrichtung der Berufsschulstandorte auf den westlichen Teil des Landes konzentriere. Seitens des Ministeriums werde das Gutachten in Bezug auf die Standorte auch in Frage gestellt.

Zum letzten Kreistagsbeschluss der Bodden-Kliniken führt **Herr Landrat Dr. Kerth** aus, dass ein Folgetermin mit der Ministerin Frau Drese gemeinsam mit dem Innenministerium, Finanzministerium und dem Sozialministerium geplant sei. Er habe sich seitens der Regierung stärkere Signale in Bezug auf Hilfen gewünscht.

**Herr Landrat Dr. Kerth** teilt zum Thema Frauenschutzhaus mit, dass der Kreistag in der Oktobersitzung um eine Prüfung gebeten habe, ob die geplanten Kofinanzierungsmittel des Landkreises für den zukünftigen Betrieb der Frauenschutzeinrichtungen in Stralsund ausreichend seien. Zielstellung sollte mit

dem neuen Träger eine Leistungsvereinbarung mit einer befristeten Laufzeit, mindestens jedoch für die Dauer von 10 Jahren, sein. Zum Prüfergebnis könne er mitteilen, dass in den Haushaltsplan 2024 für das Frauenschutzhhaus in Stralsund 50.000 Euro statt bisher 45.000 Euro eingestellt wurden. Ab 2025 soll eine jährliche Dynamisierung i.H.v. 2,3 % in die jeweilige Haushaltsplanung aufgenommen werden. Dies betreffe auch das Frauenschutzhhaus in Ribnitz-Damgarten und die Schutzwohnung in Bergen auf Rügen. Eine Leistungsvereinbarung über 10 Jahre oder gar länger sei nicht möglich.

Zum Pflegestützpunkt in Grimmen berichtet **Herr Landrat Dr. Kerth**, dass seit Februar 2024 die Außensprechstunde wieder von Seiten der Kranken- und Pflegekassen bedient werde, so dass nunmehr durch die Kombination aus Pflegeberatung und Sozialberatung die Pflegestützberatung am Standort Grimmen gesichert sei. Die Sprechstunde finde an jedem zweiten Mittwoch im Monat in der Zeit von 9 bis 12 Uhr statt.

Abschließend teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass es eine Gesetzesänderung zum Thema Arbeitspflicht von Geflüchteten gebe. Der Landkreis Vorpommern-Rügen beschäftige sich schon lange mit dem Thema, wenn es sich um die Unterhaltung der Gemeinschaftsunterkünfte gehandelt habe. Durch diese Gesetzesänderung können diese Regeln jetzt auch für andere Tätigkeiten angewendet werden. Bislang gebe es aber für die Verwaltung noch keine Handreichung zur Umsetzung des Gesetzes.

## **7. Anfragen der Kreistagsmitglieder**

---

**Herr Scharmberg** erfragt in Bezug auf einen Artikel der Ostsee-Zeitung, ob es richtig sei, dass das Hecke schneiden vom 1. März bis zum 30. September mit einer Geldstrafe von bis zu 100.000 Euro geahndet werde. Er bittet um Aufklärung der Handlungsweise.

**Herr Landrat Dr. Kerth** informiert, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Außerdem erfragt **Herr Scharmberg** inwieweit Herr Landrat Dr. Kerth zur Einführung des Tourismusgesetzes informiert sei.

**Herr Landrat Dr. Kerth** teilt mit, dass in letzter Zeit kein Treffen der Arbeitsgemeinschaft zum Tourismusgesetz stattgefunden habe. Nach seiner Wahrnehmung sei es sehr still um das Thema geworden.

**Frau Dr. Kannengießer** führt aus, dass Schleswig-Holstein plane, große Flächen der Ostsee unter Schutz zu stellen. Konträr dazu zerstöre Mecklenburg-Vorpommern die eigenen Schutzgebiete durch bspw. den Bau der LNG-Leitungen. Sie erfragt, was dies für den Tourismus des Landkreises Vorpommern-Rügen bedeute und welche Auswirkungen diese Zerstörungen auf die Schutzgebiete bspw. die Versteinerung des Strandes Mukran im Landkreis Vorpommern-Rügen haben. Der Tourismusbereich müsse sich mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen.

**Herr Landrat Dr. Kerth** antwortet, dass die Anfrage schriftlich beantwortet werde.

Weiterhin macht **Frau Dr. Kannengießer** darauf aufmerksam, dass sie weiterhin im Rahmen des Projektes JobMotor zur Verfügung stehe, den Migranten bei Sprachschwierigkeiten zu helfen.

Auf Nachfrage von **Herrn Giese** teilt **Herr Landrat Dr. Kerth** mit, dass er keine

genaue Zahl zum aktuellen Krankenstand in der Kreisverwaltung nennen könne. Die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

## **8. Bericht zum Stand der Umsetzung der Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber laut Beschluss vom 18. Dezember 2023 (A/3/0241)**

---

Herr Landrat Dr. Kerth führt zum Stand der Umsetzung der Bezahlkarte für Asylbewerber laut Beschluss vom 18. Dezember 2023 aus, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen sich beim Land Mecklenburg-Vorpommern als Pilotkommune zur Verfügung gestellt habe. Die Ausschreibung wurde durch das Land am 19. Februar 2024 auf dem Vergabemarktplatz M-V veröffentlicht. Die Angebote können bis zum 19. März 2024 abgegeben werden. Es haben bislang auch schon einige Gesprächsrunden dazu stattgefunden. Zur Umsetzung sei noch kein konkretes Datum bekannt. Die Wunschvorstellung der Verwaltung sei die Einführung funktionierender Systeme noch vor der Jahresmitte. Aus den Gesprächen mit dem Land nehme er wahr, dass diese eher mit einer Umsetzung im Herbst rechnen. Doch sei ein festes Datum nicht festgeschrieben. In Bezug auf die gestellte Anfrage der Kreistagsfraktion BfS-FDP vom 28. Februar 2024 zu diesem Thema informiert Herr Landrat Dr. Kerth, dass man derzeit mit Kosten zwischen 8.000 - 10.000 Euro für den Landkreis Vorpommern-Rügen rechne. Auf dem kurzen Weg rechne man nicht mit Einspareffekten aufgrund der Einführung der Bezahlkarte. Mittelfristig könne es jedoch zu Einsparungen kommen, wenn man in der Lage sei, die Prozesse dahinter zu digitalisieren. Die vorher genannten Grundkosten werden jedoch bestehen bleiben. Das Ziel der Verwaltung sei keine hohe Bürokratie. Das Mittel der Wahl werde wahrscheinlich in Richtung einer Girokarte gehen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

## **9. Nach- und Umbesetzungen**

---

### **9.1. Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

#### **Beschluss: KT 589-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Cornelia Klemm als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft aufgrund des Ausscheidens von Herrn Maximilian Tophoff-Kaup.

Somit ist Frau Josefine Kümpers Mitglied und Frau Cornelia Klemm stellvertretendes Mitglied.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt**

**9.2. Kreistagsfraktion B90/GRÜNE: Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz für Herrn Dirk Niehaus durch Frau Sandra Kothe-Woywode aufgrund des Ausscheidens von Herrn Axel Thien**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 590-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Frau Sandra Kothe-Woywode als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz aufgrund des Ausscheidens von Herr Axel Thien.

Somit ist Herr Dirk Niehaus Mitglied und Frau Sandra Kothe-Woywode stellvertretendes Mitglied.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt**

**9.3. Kreistagsfraktion CDU: Nachbesetzung eines Mitgliedes in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) aufgrund des Ausscheidens von Herrn Thomas Pauketat**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 591-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Nachbesetzung von Herrn Benjamin Heinke als Mitglied in den Aufsichtsrat der Verkehrsgesellschaft Vorpommern-Rügen (VVR) aufgrund des Ausscheidens von Herrn Thomas Pauketat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt**

**10. Abbestellung der Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen  
Vorlage: BV/3/0566**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 592-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Cornelia Schäfer wird als Stellvertreterin der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen abberufen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**11. Abbestellung der Gleichstellungsbeauftragten des Landkreises Vorpommern-Rügen**  
**Vorlage: BV/3/0562**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 593-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Frau Katja Schlüter wird als Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises Vorpommern-Rügen abberufen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt**

**12. Unentgeltliche Übertragung von Grundstücken zur Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Landschaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - "Nordvorpommersche Waldlandschaft" - Einrichtung von Schreiadler-Nahrungsflächen**  
**Vorlage: BV/3/0552**

---

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 594-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Landrat wird ermächtigt, die beigefügte Rahmenvereinbarung (Anlage 1) zwischen der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH, dem BMUV Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz und dem Landkreis Vorpommern-Rügen über Einzelheiten des Verfahrens der Eigentumsübertragung von Flächen des Nationalen Naturerbes (NNE) auf den Landkreis Vorpommern-Rügen nach § 3 Abs. 12 - 14 Ausgleichleistungsgesetz (AusglLeistG) abzuschließen.
2. Der Landrat wird ermächtigt, den Abschluss der beigefügten Vereinbarung (Anlage 2) mit der BVVG zur unentgeltlichen Vermögenszuordnung von 115 ha Naturschutzflächen i. S. d. § 3 XII bis XIV AusglLeistG entsprechend der in Anlage 3 beigefügten Grundstücksliste vorzunehmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit zwei Enthaltungen zugestimmt**

13. **Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zum Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit den Bodden-Kliniken Ribnitz-Damgarten GmbH (Bodden-Kliniken)**  
Vorlage: BV/3/0567
- 

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 595-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Landrates zum Abschluss einer Vereinbarung über die Gewährung von Kassenbestandsverstärkungsmitteln für die Bodden-Kliniken.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

14. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: „Härtefallförderung für Vereine wegen gestiegener Energiekosten“**  
Vorlage: A/3/0243
- 

- 14.1. **Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0243**  
Vorlage: A/3/0243/1
- 

Herr Heinke begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS-FDP.

Frau Brüdgam begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Herr Löttge ergänzt als Mit Antragsteller, dass die Unterstützung der Vereine im Landkreis sehr wichtig sei. Er möchte daran erinnern, dass sich der Kreistag bewusst gegen einen Doppelhaushalt 2024/2025 entschieden habe. Man wisse heute noch nicht, was auf den neu gewählten Kreistag nach der Kommunalwahl im Juni zukomme. Wenn man die mittelfristige Finanzplanung betrachtet, sehen die Folgejahre haushälterisch schwer aus. Weitere Entscheidungen sollte man dem neuen Kreistag überlassen.

Frau Klemm merkt an, dass sie es als sinnvoll erachte, beide Anträge zu einem gemeinsamen Antrag zu machen, da die Vereine dringend eine Zukunftsorientierung benötigen und es für den Kreistag auch gut wäre Zukunftsentscheidungen zu treffen, um den Vereinen im Landkreis Vorpommern-Rügen zu helfen. Im Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP sei die Umsetzung einer Vorauszahlungsrechnung bei einem Härtefallantrag schwierig.

Herr Scharmberg führt aus, dass man sich an Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit messen lassen müsse. Keiner wisse heute, ob im nächsten Jahr noch freiwillige Leistungen erbracht werden können, wenn man ins Haushaltssicherungskonzept rutschen sollte. Er bittet deshalb um Zustimmung des

Antrages, nicht der des Änderungsantrages. Nicht nur die Vereine, sondern auch die Klein- bis Mittelständischen Unternehmen hoffen, dass sich die prekäre Situation der Verteuerung auf allen Ebenen wieder normalisiert. Die Zukunft könne nicht allein der Kreistag geben, sondern dies sei eine gesamtpolitische Aufgabe der gesamten Gesellschaft.

**Herr Landrat Dr. Kerth** merkt an, dass er die Idee des Antrages der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP so verstanden habe nach der Frist der Richtlinie nochmal eine Möglichkeit zu schaffen, Gelder doch noch zu beantragen und obendrein noch etwas mehr Geld bereitzustellen.

**Herr Glawe** informiert, dass der Antrag daraufhin abziele, dass in diesem Jahr zusätzliche Energiekosten anfallen können. Vereine und Verbände die diese Kosten in der Größenordnung nicht abfedern können, haben die Möglichkeit bei der Verwaltung einen Antrag zu stellen. Nach Vorlage aller Daten entscheide man, wie viel Geld zusätzlich ausgehändigt werde, um in Schwierigkeit geratende Vereine und Verbände vor der Insolvenz oder Zahlungsunfähigkeit zu retten.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0243 mehrheitlich bei 12 Ja-Stimmen ab.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Antrag A/3/0243.

#### **Beschluss: KT 596-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, mindestens 20.000 Euro zusätzlich im Haushalt 2024 zur Unterstützung der Vereine zur Verfügung zu stellen. Die Vereine sollen diese zusätzliche finanzielle Hilfe nur erhalten, wenn diese entsprechend nachweisen können, dass sie die hohen Energiepreise nicht mehr aus eigenen Mitteln zahlen können und ihnen dadurch in diesem oder im nächsten Jahr eine Vereinsauflösung drohen würde.

Diese Hilfen sollen an die bereits bestehende Vereinsförderrichtlinie gekoppelt und so einfach wie möglich für die Vereine gestaltet werden.

Die Vereinsförderrichtlinie soll daher wie folgt geändert werden:

An § 2 Abs. 1 wird nach Ziffer 4 angefügt:

5. Einmalig für das Haushaltsjahr 2024 werden Härtefallanträge wegen gestiegener Energiekosten bewilligt, sofern der Verein diese unverschuldet nicht aus eigener Kraft tragen kann. Der Nachweis des Härtefalls ist mit Verbrauchsabrechnungen, Vorauszahlungsforderungen, Bankbelegen und Einnahmen-Ausgaben-Übersichten zu belegen.

An § 5 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

Härtefallanträge nach § 2 Abs. 1 Ziff. 5 müssen bis 30.04.2024 eingereicht sein.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme zugestimmt**

15. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: "Bereitstellung von finanziellen Mitteln im Haushalt 2024 für die Beschäftigungsgesellschaften"**  
**Vorlage: A/3/0244/1**
- 

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** informiert, dass Herr Lastovka aufgrund von Befangenheit gemäß § 24 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern im Zuschauerraum der Sitzung Platz nehme.

**Frau Schröder-Köhler** teilt ebenfalls mit, dass Sie nach der Kommunalverfassung Befangen sei und nimmt im Zuschauerraum Platz.

**Herr Glawe** begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW und BfS-FDP.

**Herr Löttge** ergänzt, dass es in dem Antrag in keiner Weise um die Diskreditierung der Mitarbeiter/innen des Jobcenters gehe, sondern um die bundespolitische Entscheidung auszugleichen. Dabei sollen alle Beschäftigungsgesellschaften des Landkreises Vorpommern-Rügen berücksichtigt werden. Es sei dringend notwendig die Träger auf ihrem Weg in eine neue Struktur zu begleiten und den Transformationsprozess zu unterstützen.

**Frau Wippermann** merkt als Mitglied des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Jobcenter Vorpommern-Rügen an, dass die Leistungen des Bundes für Eingliederungsmaßnahmen rückläufig seien. Das lasse sich darauf zurückführen, dass es im Zeitraum von 2015 bis 2023 einen Rückgang der Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Zusammenfassend gebe der Bund weniger Geld aufgrund nachweislicher Rückgänge und der Antrag besage, dass nun der Landkreis deswegen für die Beschäftigungsgesellschaften einspringen solle. Für diese seien die Rückgänge natürlich negativ. Im vergangenen Jahr habe sich der Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Jobcenter mit den Beschäftigungsgesellschaften getroffen und diese gebeten sich nach neuen Geschäftsfeldern umzuschauen. Einige haben dies auch getan. Die SIC habe zudem schon den Bonus des Landes i.H.v. 50.000 Euro erhalten.

**Frau Wippermann** stellt folgenden Änderungsantrag:

“Alle Beschäftigungsgesellschaften im Landkreis Vorpommern-Rügen, die im Jahr 2024 nicht den Landeszuschuss von 50.000 Euro erhalten haben, werden über den Haushalt des Landkreises Vorpommern-Rügen in 2024 mit 40.000 Euro gefördert.”

**Herr Suhr** merkt an, dass man nun entscheiden müsse, ob es notwendig sei, den Transformationsprozess der Träger zu begleiten, um ihnen eine Zukunft zu ermöglichen. Aus dem Grund werde die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE dem Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP zustimmen. Die Dynamik der Entscheidungen sei so schnell gewesen, dass die Träger keine Zeit für eine Reaktion gehabt haben.

**Herr Kracht** teilt mit, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen werde. Zur Wahrheit und Klarheit gehöre auch, dass sich der Kreisausschuss diese

Entscheidung nicht leicht gemacht habe und die Hintergründe gemeinsam mit Herrn Glawe beleuchtet habe. Man müsse auch sagen, dass ein Verein auf der Insel Rügen nicht unter dem Dach des Landkreises gewollt war und man diesen Verein mithilfe des Kreistages abgewickelt habe. Er wünsche dem Eigenbetrieb Jobcenter auf dem neuen Weg alles Gute und hofft, dass mithilfe des Transformationsprozesses die Vereine bestehen und der Kreistag diese wohlwollend begleite.

**Herr Landrat Dr. Kerth** bedankt sich bei den Vorrednern, um die Klarstellung der Arbeit der Mitarbeiter/innen des Eigenbetriebes Jobcenter. Seit Jahren werde das Bild versucht zu erzeugen, dass Machenschaften stattfinden, um die Träger zu schädigen. Dabei mache das Jobcenter einen sehr guten Job. Nachweislich habe das Kommunale Jobcenter Vorpommern-Rügen am meisten Eingliederungsmittel in diesen Sektor gegeben.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag von Frau Wippermann.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag von Frau Wippermann mehrheitlich bei zwei Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen ab.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP.

#### **Beschluss: KT 597-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

In den Haushalt 2024 werden 120.000 Euro zur Unterstützung der Beschäftigungsgesellschaften im ländlichen Raum bereitgestellt.

Die Beschäftigungsgesellschaften Strukturförderverein "Trebeltal" e.V. der Verein zur Förderung der Arbeit und Qualifizierung Ribnitz-Damgarten e.V. und der Landschaftspflegeverband Barther Land e.V. erhalten jeweils 40.000 Euro. Davon fließen 30.000 Euro jeweils in Sicherung der Personalkosten und 10.000 Euro in die Betriebs- und Sachkosten.

In den Haushalt 2024 werden ferner für die Stralsunder Innovation Consult GmbH, als mit Abstand größtem Träger, 120.000 Euro als Zuschuss zum Ausgleich der in 2023 entstandenen und für 2024 noch zu erwartenden Defizite gewährt. Der Landrat wird im Zusammenhang mit dieser finanziellen Unterstützung beauftragt, mit dem Oberbürgermeister der Hansestadt Stralsund unverzüglich Konzepte zu Fortbestand und Leistungsausbau der SIC zu besprechen und den Kreistagsmitglieder das Ergebnis binnen 10 Tagen mitzuteilen. Sollten hier bereits konkrete Maßnahmen festgelegt werden, kann der insoweit gewährte Förderbetrag auch zur Realisierung dieser verwendet werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit drei Gegenstimmen und drei Enthaltungen zugestimmt**

16. **Antrag der Kreistagsfraktion BVR/FW, BfS-FDP und CDU: "Aussetzung der Erhebung der Gebühren für die Trichinenuntersuchung im Haushaltsjahr 2024"**  
**Vorlage: A/3/0245**

---

**Herr Löttge** begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, BfS-FDP und CDU.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Beschluss: KT 598-26/2024**

Die Kreistagsfraktion Bürger für Vorpommern-Rügen/Freie Wähler empfiehlt die Aussetzung der Erhebung der Gebühr für die Trichinenuntersuchung ab dem 01.01.2024 für das Haushaltsjahr 2024.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit acht Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt**

- 17. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: "Schülerfahrzeiten verkürzen!"**  
Vorlage: A/3/0246
- 

- 17.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU zum Antrag A/3/0246**  
Vorlage: A/3/0246/1
- 

- 17.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0246**  
Vorlage: A/3/02446/2
- 

**Frau Präkel** begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP sowie den Änderungsantrag der CDU.

**Frau Brüdgam** begründet den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

**Herr Hofmann** teilt mit, dass das Thema ungemein wichtig sei und in den Ausschüssen oft thematisiert wurde. Der Schülerbeförderungsgipfel, wie vom Kreistag beschlossen, werde am 25. April 2024 mit den beiden zuständigen Ausschüssen stattfinden. Man dürfe auch nicht vergessen, dass Vorpommern-Rügen ein Flächenland sei, wo weite Strecke zurückgelegt werden müssen. Er sehe viele Bemühungen bei der VVR und sei zuversichtlich gemeinsam Lösungen zu schaffen.

**Herr Suhr** merkt an, dass eine Verbindlichkeit geschaffen werden müsse, weshalb die Kreistagsfraktion B90/GRÜNE dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen werde.

**Herr Scharmberg** macht darauf aufmerksam, dass eine Verbindlichkeit nicht beschlossen werden könne, wenn nicht klar sei, wie die Umsetzung erfolgen soll.

**Herr Landrat Dr. Kerth** führt aus, dass die Grundidee der Antragsteller das Einsetzen von Rufbussen im Schülerverkehr sei, wobei zunächst eine Erlaubnis eingeholt werden müsse. Um die Verhandlungen mit dem Land dahingehend etwas zu vereinfachen, sei aus Sicht der Verwaltung und der VVR ein Kreistagsbeschluss hilfreich.

**Herr Löttge** bestätigt, dass es in dem Antrag darum gehe die Rufbusse für den Schülerverkehr einzusetzen und das dementsprechend bei der Landesregierung zu erfragen und im besten Fall die Erlaubnis zu bekommen. Er finde es wichtig, dass der Schülerbeförderungsgipfel mit beiden Ausschüssen im April stattfinde. Auf diesen können die angesprochenen Punkte auch nochmal intensive betrachtet und diskutiert werden.

**Frau Kasten** merkt an, dass der Schülerverkehr zusammen mit dem öffentlichen Personennahverkehr nicht funktioniere.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag A/3/0246.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE mehrheitlich ab.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU mehrheitlich zu.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung des Antrages A/3/0246 unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion CDU.

#### **Beschluss: KT 599-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen spricht sich für die Verkürzung der Busfahrzeiten für Schülerinnen. und Schüler, die sehr lange im Bus sitzen, aus.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt:

1. Sich bei der Landesregierung für eine entsprechende Genehmigung des Rufbussystems für den Schülerverkehr einzusetzen. Konkret bedeutet das, dass die Bedienzeiten des Rufbusses für den Normalverkehr auf 8-12 Uhr und 16-21 Uhr begrenzt werden. In den anderen Zeiten sollen die Rufbus-Fahrzeuge für die Ergänzung der Schülerbeförderung genutzt werden.
2. Das in diesem Jahr schrittweise startende Rufbussystem dazu dringend zu optimieren, so dass möglichst viele Schüler mit langen Fahrzeiten von dem Rufbus profitieren.  
***Dies soll Bestandteil der Direktvergabe der Nahverkehrsleistung des Landkreises Vorpommern-Rügen zum 1. Oktober 2025 sein.***
3. Die Priorität bei der Netzüberplanung auf zeitoptimierte Reiseketten zu den örtlich zuständigen Schulen zu legen.
4. Fahrzeitverkürzungen durch gestaffelte Schulanfangszeiten zu erreichen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit 13 Enthaltungen zugestimmt**

**18. Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2024**  
Vorlage: BV/3/0550/1

---

**18.1. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE zur BV/3/0550/1**  
Vorlage: A/3/0250

---

**18.2. Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur BV/3/0550/1**  
Vorlage: A/3/0251

---

Herr Landrat Dr. Kerth begründet anhand einer Präsentation die eingebrachte Beschlussvorlage.

*Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.*

Frau Kindler begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE.

Herr Scharmberg merkt an, dass sich der Haushalt des Landkreises Vorpommern-Rügen in unmittelbarer Nähe zu einem Haushaltssicherungskonzeptes im nächsten Jahr stehe. Das bedeute, dass man die Ausgabenseite genau betrachten müsse. Die Kreistagsfraktion BfS-FDP werde dem Haushalt zustimmen, da unter anderem viele Vereine auf die Unterstützung des Landkreises warten.

Herr Scharmberg stellt den Änderungsantrag den Stellenzuwachs von 95 auf 50 Stellen zu reduzieren.

Frau Präkel merkt zum Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE an, dass der Landkreis auch in anderen Städten in Vorpommern-Rügen ein Frauenschutzhaus habe, nicht nur in Stralsund. Dazu kommt, dass Vorpommern-Rügen der einzige Landkreis in Mecklenburg-Vorpommern sei der überhaupt drei Frauenschutzhäuser betreibe. Die finanzielle Ausstattung sei auch Aufgabe des Landes. Man müsse betonen, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen das Budget von 45.000 Euro auf 50.000 Euro angehoben habe und eine jährliche Dynamisierung geplant sei. Aus diesem Grund stellt Frau Präkel im Namen der Kreistagsfraktion CDU den Änderungsantrag den Antrag der Fraktion B90/GRÜNE mit folgendem Satz zu ergänzen:

**“Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für eine kontinuierliche und auskömmliche Finanzierung der Frauenschutzhäuser einzusetzen.“**

Herr Hofmann stellt folgenden Änderungsantrag zum Haushalt:

“1. Der Landrat wird beauftragt, die Förderung für den Kreissportbund von aktuell 500.000 Euro auf 600.000 Euro dauerhaft jährlich zu erhöhen.

2. Weiterhin wird innerhalb dieser Förderrichtlinie der Personalausschuss von 50.000 Euro auf 75.000 Euro umgewidmet. Diese Umwidmung wird dann dauerhaft jährlich um 5 % dynamisiert.“

und begründet dies.

Frau Latendorf begründet den eingebrachten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und bedankt sich beim Fachdienst Finanzen für die Erarbeitung des

Haushaltes.

**Frau Kindler** merkt an, dass die Fraktion B90/GRÜNE dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU zustimme.

**Die Sitzung des Kreistages wird auf Antrag von Herrn Heinke für 8 Minuten unterbrochen.**

**Herr Hofmann** zieht den gestellten Änderungsantrag zum Haushalt zurück.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE unter Berücksichtigung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion CDU.

**Beschluss:**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Zuwendung des Landkreises Vorpommern für den Träger „Stark machen e.V.“ zum Betrieb des Frauenschutzhauses Stralsund (Produkt 3310000) wird um eine Summe in Höhe von 4.500,- EUR erhöht.

Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung für eine kontinuierliche und auskömmliche Finanzierung der Frauenschutzhäuser einzusetzen.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag einstimmig bei einer Enthaltung zu.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

**Beschluss:**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

in den Ausführungen zum Produkt 44290000 ist der folgenden Satz zu streichen:

S. 143 Produkt

Rückzahlung nicht verbrauchter Fraktionsmittel

Um zukünftig Kassenbestände auf den Fraktionskonten zu vermeiden, ist die Anpassung der Richtlinie über die Verwendung von Fraktionszuwendungen aus dem Haushalt des Landkreises V-R geplant, sodass eine Rückforderung zu viel gezahlter Fraktionsgelder jährlich durchgesetzt werden.

Die jährlichen Rückzahlungen von 70000 € in den Folgejahren des Planungszeitraumes sind in der darüber dargestellten Tabelle ebenfalls zu streichen.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE einstimmig bei acht Enthaltungen zu.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den vorgetragenen Änderungsantrag von Herrn Scharmberg.

## **Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag von Herrn Scharmberg mehrheitlich ab.**

**Herr Löttge** bedankt sich herzlich bei der Verwaltung für die Erarbeitung und Vorstellung des Haushaltes sowie bei den Ausschüssen für die Begleitung der Haushaltsdebatten. Der Haushaltsausgleich konnte aufgrund der Rücklagen aus den vergangenen Jahren geschafft werden. Zukünftig werde man es sicherlich schwerer haben und einige Ausgaben müssen nochmal auf den Prüfstand gestellt werden. Wenn der Haushalt heute nicht beschlossen werde, können die freiwilligen Leistungen nicht ausgezahlt werden, auf die viele Vereine warten. Die Kreistagsfraktion BVR/FW werde dem Haushalt zustimmen.

**Herr Giese** teilt mit, dass die Kreistagsfraktion AfD den Haushalt aufgrund einiger Punkte nicht gut finde. Durch eine schlechte Politik der Ampelregierung habe auch der Kreishaushalt mit vielen Widrigkeiten zu kämpfen, die in den nächsten Jahren wahrscheinlich zu einer Haushaltssperre führen werden, bspw. durch eine hohe Inflation, steigende Sozialkosten, schlechte Zinspolitik, hohe Energie-, Brennstoff- und Treibstoffkosten, negative Wachstumsprognosen in der ganzen Wirtschaft und ungeklärte Finanzierungen für die Krankenhäuser und das 49-Euro-Ticket. Auch den Stellenzuwachs sehe er kritisch. Dazu komme, dass die Verwaltung einen überdurchschnittlichen Krankenstand zu verzeichnen habe. Deshalb werde die Kreistagsfraktion AfD der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

**Herr Scharmberg** führt aus, dass die Kreistagsfraktion BfS-FDP dem Haushalt zustimmen werde um sicherzustellen, dass die finanziellen Mittel für die freiwilligen Leistungen ausgezahlt werden können. Viele Kommunen im Landkreis können dem gar nicht mehr nachkommen. Er gebe den Appell heute schon zu sparen, um im nächsten Jahr weiterhin freiwillige Leistungen erbringen zu können. Nur dadurch bestehen auch bei den kleineren Kommunen ähnliche Lebensverhältnisse. Ein zu hoher Krankenstand sei zudem ein Leistungsdämpfer in der Verwaltung. Dafür müssen zukünftig Lösungen gefunden werden. Für die Zukunft soll die Entbürokratisierung in den Fokus genommen werden, da er eine Überbürokratie als mögliche Krankheitsquelle der Mitarbeiter/innen sehe.

**Herr Kiefer** bedankt sich im Namen der Kreistagsfraktion B90/GRÜNE bei dem Fachdienst Finanzen für die Erstellung des Haushaltes.

**Herr Heinke** bedankt sich abschließend ebenfalls bei Frau Karnatz und den Mitarbeiter/innen für die Erarbeitung. Er merkt außerdem an, dass die zunehmenden Belastungen des Haushaltes zum einen durch die Baukostensteigerungen in Folge der Inflation kommen, durch den Kostenaufwuchs im Bereich Jugend insbesondere durch das KiföG, durch gesetzliche Aufgaben im Bereich Soziales infolge von Bundes- und Landesgesetzen und zuletzt durch den Stellenzuwachs in der Kreisverwaltung und den damit einhergehenden Personalkosten. Mit Blick auf den Haushalt und Stellenplan 2025 macht **Herr Heinke** deutlich, dass die Kreistagsfraktion CDU einen weiteren Ausbau der Personalkosten nicht unterstützen werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 600-26/2024**

1. Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für den Haushalt 2024 mit ihren Bestandteilen und Anlagen unter Berücksichtigung der vorliegenden Änderungsliste (Stand 11. März 2023).
2. Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen“ für das Wirtschaftsjahr 2024 fest.
3. Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Infrastrukturverwaltungsbetrieb des Landkreises Vorpommern-Rügen“ für das Wirtschaftsjahr 2024 fest.
4. Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Jobcenter Vorpommern-Rügen“ für das Wirtschaftsjahr 2024 fest.
5. Der Kreistag stellt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Rettungsdienst des Landkreises Vorpommern-Rügen“ für das Wirtschaftsjahr 2024 fest.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit Sieben Gegenstimmen zugestimmt**

19. **Satzung über die Zuwendung nach § 10 a Finanzausgleichsgesetz M-V zur Finanzierung von Schulbaumaßnahmen**  
**Vorlage: BV/3/0551**
- 

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 601-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Satzung zur Umsetzung des § 10 a Finanzausgleichsgesetz M-V des Landkreises Vorpommern-Rügen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt**

20. **Annahme einer Spende der IHK zu Rostock für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2024**  
**Vorlage: BV/3/0554**
- 

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 602-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:  
die Annahme einer Spende der IHK zu Rostock in Höhe von 10.000,00 EUR für das Jahr 2024 zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit einer Gegenstimme und vier Enthaltungen zugestimmt**

21. **Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern für das Welcome Center Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2024**  
**Vorlage: BV/3/0555**
- 

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 603-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

die Annahme einer Spende der Sparkasse Vorpommern in Höhe von 10.000,00 EUR für das Jahr 2024, zur Unterstützung und Etablierung des Welcome Centers Vorpommern-Rügen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit vier Gegenstimmen und einer Enthaltung zugestimmt**

22. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, BVR/FW, BfS-FDP: "Bürokratieabbau und Überprüfung sämtlicher Verwaltungsabläufe auf Effektivität"**  
**Vorlage: A/3/0247**
- 

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

**Beschluss: KT 604-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Kreistag fordert die Landes- und Bundesregierung auf, den längst überfälligen und lange angekündigten Bürokratieabbau endlich vorzunehmen.
2. Der Landrat wird beauftragt sämtliche Verwaltungsabläufe auf Sinnhaftigkeit, Effektivität und Bürgerfreundlichkeit zu überprüfen.  
Durch bürger- und mitarbeiterfreundliche Verwaltungsvorgänge soll die Motivation sowie die Effektivität der Verwaltung deutlich gesteigert werden.

Daraus resultierend sollen Verwaltungsabläufe, falls möglich auch durch Digitalisierung, mit dem Ziel optimiert werden, Stelleneinsparungen vornehmen zu können.  
Eine entsprechende Reduzierung der vorhandenen Stellen zum Haushalt 2025 ist anzustreben.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit acht Gegenstimmen zugestimmt**

23. **Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU und Kreistagsmitglied Frau Dr. Kannengießer: "Novellierung des LNG-Beschleunigungsgesetz"**  
**Vorlage: A/3/0248**

---

**Frau Dr. Kannengießer** begründet den eingebrachten Antrag.

**Herr Niehaus** spricht sich für den Antrag aus und begründet diese Entscheidung damit, dass es der falsche Energieträger und der falsche Ort sei. Er verweise auf die Prüfung des Bundesverwaltungsgerichts und auf dessen Begründung. Daraus sei ersichtlich, dass die umweltrelevante Thematik anders bewertet wurde. Am 21. November 2023 stand das Thema auf der Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft und es wurde umfangreich mit vielen Beteiligten diskutiert. Auch das Bergamt war vor Ort und er sei erschrocken gewesen, mit welcher dünnen Argumentation Entscheidungen getroffen wurden.

**Herr Löttge** merkt an, dass er den bisherigen Ablauf zum Bau des LNG-Terminals beanstande. Er bittet die Kreistagsmitglieder um Zustimmung des Antrages, um ein deutliches Zeichen zu setzen.

**Herr Landrat Dr. Kerth** teilt mit, dass er eine breite Mehrheit der Zustimmung erahnt habe und sei deshalb proaktiv tätig geworden. Er habe sowohl dem Land als auch dem Bund den Antrag mit der Bitte um Informationen übermittelt. Die Landesregierung teilte mit, dass es keinen veränderten Stand dazu gebe. Von der Bundesregierung habe er keine Antwort erhalten.

**Frau Latendorf** macht nochmal auf den gemeinsamen Beschluss des Kreistages gegen das LNG-Terminal aufmerksam. Die Novellierung des Gesetzes fand nur durch den Bund statt, weswegen die Kreistagsfraktion DIE LINKE den Bezug zum Land in dem gestellten Antrag unglücklich formuliert sehe. Der Appell müsse sich allein an die Bundesregierung adressieren. Bundesminister Habeck ignoriere die Bedenken zum Standort Rügen, zur Nutzung des tatsächlichen Bedarfes und zum Schutz der Natur auf der Insel Rügen. Der Kreistag müsse sich stark machen, um auch zu zeigen, dass sie bei solchen Entscheidungen mitgenommen werden möchte und man die Argumente ernst nehmen solle.

**Frau Dr. Kannengießer** stimmt ihren Vorrednern zu. Sie habe nach einem regen Briefwechsel mit Bund und Land das Gefühl, dass diese mit ihr ein Ping-Pong-Spiel betreiben. Die Problematik und die Verantwortung werde von dem einen zum anderen hin und her geschoben. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Netzagentur bestätigt habe, dass die Gelder vom Leitungsbau über die Netzentgelte zurückgeholt werden. Das bedeute, dass dies im Endeffekt von den Steuerzahlern gezahlt werde und die Konzerne sich bereichern.

**Herr Löttge** stellt folgenden Änderungsantrag vor:

“Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

**Der Landrat und der Kreistagspräsident werden aufgefordert, sich im Namen des Kreistages Vorpommern-Rügen dafür einzusetzen, dass die Bundes- und Landesregierung eine Novellierung des LNG-Beschleunigungsgesetzes mit Herausnahme des Standortes Mukran bewirken.”**

Kein weiterer Redebedarf.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den eingebrachten Änderungsantrag.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag einstimmig zu.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung des Antrages unter Berücksichtigung des Änderungsantrages.

**Beschluss: KT 605-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

**Der Landrat und der Kreistagspräsident werden aufgefordert, sich im Namen des Kreistages Vorpommern-Rügen dafür einzusetzen, dass die Bundes- und Landesregierung eine Novellierung des LNG-Beschleunigungsgesetzes mit Herausnahme des Standortes Mukran bewirken.**

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**24. Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, SPD, B90/GRÜNE: "Finanzierung Krankenhäuser"**  
**Vorlage: A/3/0249**

---

**Herr Glawe** begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, SPD und B90/GRÜNE.

**Herr Löttge** ergänzt als Antragsteller, dass man viel Wert darauf gelegt habe alle Krankenhäuser in Vorpommern-Rügen anzusprechen.

**Frau Kühl** begründet den eingereichten Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

**Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Änderungsantrag mehrheitlich bei 10 Ja-Stimmen und 5 Enthaltungen ab.**

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bittet um Abstimmung über den eingereichten Antrag der Kreistagsfraktionen BVR/FW, CDU, SPD und B90/GRÜNE.

**Beschluss: KT 606-26/2024**

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

**Der Landrat wird beauftragt, sich mit einem Schreiben gemeinsam mit dem Kreistagspräsidenten an den Bundesminister für Gesundheit Herrn Prof. Karl**

Lauterbach zu wenden, um auf die kritische Situation der Krankenhäuser im Landkreis aufmerksam zu machen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt**

## 25. Mitteilungen

---

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** informiert, dass die planungsmäßig letzte Sitzung des Kreistages in dieser Wahlperiode am 27. Mai 2024 stattfindet.

Er teilt außerdem mit, dass am 31. Mai 2024 der Sommerempfang der Landkreises Vorpommern-Rügen geplant sei und er sich gemeinsam mit dem Landrat über die Teilnahme der Kreistagsmitglieder freuen würde.

**Herr Landrat Dr. Kerth** ergänzt, dass der Veranstaltungsort noch nicht feststehe. Derzeit warte man auf ein Angebot eines Anbieters auf der Insel Rügen. Ein weiteres Angebot auf dem Festland liege bereits vor.

Weitere Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

**Herr Kreistagspräsident Kuhn** bedankt sich bei den Anwesenden und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

04.04.2024, gez. A. Kuhn

---

Datum, Unterschrift  
Andreas Kuhn  
Kreistagspräsident

04.04.2024, gez. A. Pfefferkorn

---

Datum, Unterschrift  
Anja Pfefferkorn  
Protokollführerin